

Blog

Mehr Menschen brauchen humanitäre Hilfe

16.12.2021

von



Schulbank

Schlagworte

Schul|Bank

Corona

Blog

Die Zahl der Menschen auf der Welt, die dringend humanitäre Hilfe brauchen, wächst - von derzeit geschätzten 235 auf 274 Millionen Menschen im kommenden Jahr. Noch 2019 hatte die Vergleichszahl bei 168 Millionen Menschen gelegen. Ursächlich für den Anstieg sei der Mix aus unterschiedlichen Krisen, die gegenwärtig gerade die ärmsten Länder heimsuchen, so das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) in Genf. Die Corona-Krise mit ihren vielfältigen ökonomischen Auswirkungen - besonders massiv auf Geringentlohnte im sogenannten informellen Sektor - ist das eine. Hinzu komme die Klimakrise, die, so das OCHA, die verletzlichsten Menschen der Welt als Erstes und am härtesten treffe. Und dann seien da noch politische Konflikte und humanitäre Katastrophen wie in Äthiopien, Myanmar und Afghanistan.

Mehr finanzielle Nothilfe erforderlich

Angesichts dieser Entwicklung erklärten die Vereinten Nationen, die finanzielle Nothilfe müsse gesteigert werden: Nach 35 Milliarden Dollar im vergangenen Jahr würden 2022 mindestens 41 Milliarden Dollar benötigt, um rund 183 Millionen Menschen wenigstens ihr Überleben zu sichern. Trotz aller Appelle wird aber wieder nicht genug Geld zusammenkommen: In diesem Jahr deckten die Geber mit 17 Milliarden Dollar nur weniger als die Hälfte des Bedarfs, den OCHA ausweist.

Wie dramatisch die Situation ist, zeigen auch Schätzungen der Welternährungsorganisation FAO, wonach 45 Millionen Menschen in 43 Ländern in eine Hungerkrise zu gleiten drohten. Im Jahr 2019 waren es noch 27 Millionen. Nun aber werde allein in Afghanistan der Bedarf extrem ansteigen. Um dort im nächsten Jahr knapp 25 Millionen Menschen vor dem Schlimmsten zu bewahren, seien 4,5 Milliarden Dollar nötig. Auch in Myanmar ist der Hilfsbedarf durch den Putsch der Generäle auf nun mehr als 800 Millionen Dollar sprunghaft gestiegen. Am schlimmsten aber sei Äthiopien betroffen: Der Bürgerkrieg und Teil-Kollaps des Landes haben die Not extrem ansteigen lassen.